

Wahlprüfstein DIE LINKE

Landeschüler*innenvertretung NRW
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf

Wahlprüfsteine der LSV NRW

Allgemein / Einstiegsfrage

1. Was läuft nach Auffassung Ihrer Partei im nordrhein-westfälischen Schulsystem falsch?

Das Schulsystem in NRW ist nach wie vor durch hohe soziale Disparitäten gekennzeichnet und chronisch unterfinanziert. Zudem wurde echte Inklusion immer noch nicht umgesetzt. Es fehlt an gut ausgebildetem Personal und sächlicher Ausstattung. Schulgebäude sind oft marode und werden nicht saniert. Der Ganztagsschulneubau stagniert. Kinder und Jugendliche sind viel zu großem Stress und Leistungsdruck ausgesetzt, „Sitzenbleiben“ ist immer noch eine pädagogische Maßnahme, die nach wie vor eingesetzt wird. Kurzum: das Schulsystem in NRW ist noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen.

Bildungsunterfinanzierung

2. Was wird Ihre Partei in der NRW-Landesregierung gegen die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems in NRW unternehmen?

Um die Unterfinanzierung beheben zu können, müssen wir die Einnahmesituation in NRW verbessern. Dazu brauchen wir dringend eine andere Steuerpolitik des Bundes. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das auf eine gerechte Besteuerung der Reichen und Vermögenden setzt und die Mittelschicht entlastet. Würde ein solches Steuerkonzept umgesetzt, entfielen auf NRW rund 21 Milliarden Euro zusätzlicher Steuereinnahmen pro Jahr.

Bildungsunterfinanzierung

3. Wie möchten sie die Kommunen in NRW bei der Sanierung ihrer Schulgebäude unterstützen?

Viele Schulgebäude sind in einem schlechten baulichen Zustand, viele Toilettenanlagen sind dringend sanierungsbedürftig. Es fehlt an geeigneten Räumen für den Ganztag, an Mensen, Fachräumen und Turnhallen, um ein gutes inklusives Bildungssystem anzubieten. Daher wollen wir ein Investitionsprogramm für Schulsanierung und Schulneubau im Umfang von 1 Milliarde Euro pro Jahr auflegen. Deshalb müssen die Schulpauschalen für die Kommunen dauerhaft erhöht und die Schulbaurichtlinien einem zeitgemäßen pädagogischen Konzept angepasst werden, d.h. mehr Räume pro Lerngruppe. 28 Kinder in einem Raum mit einer Lehrkraft entspricht schon lange nicht mehr den Anforderungen.

Bildungsunterfinanzierung

4. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der LSV NRW, ein landesweites kostenloses Schüler*innenticket einzuführen?

DIE LINKE steht für eine gebührenfreie Schüler*innenbeförderung.

Bildungsunterfinanzierung

5. Planen Sie, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch für die Zukunft sicherzustellen?

Die vorübergehende Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Landesregierung läuft 2017 aus. Die Schulsozialarbeit muss dringend als feste Aufgabe der Schulen mit einem ausreichenden Schlüssel zur Schüler*innenzahl ins NRW-Schulgesetz aufgenommen werden. Wir wollen zudem die Finanzierung für feste Stellen als Landesbeschäftigte mit Tarifbindung sichern. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein Schulsozialarbeit im Jugendhilferecht des SGB VIII als Regelleistung zu verankern.

Bildungsunterfinanzierung

6. Wie möchte Ihre Partei den immensen und strukturellen Lehrer*innenmangel an NRWs Schulen bekämpfen?

Wir wollen mindestens 9000 Lehrerstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess schaffen, wozu mehr Studienplätze in NRW im

Fach Sonderpädagogik geschaffen werden müssen bzw. ein Weiterbildungsprogramm wie in den 90er Jahren. Darüber hinaus wollen wir 7.500 zusätzliche Lehrer*innen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls bereitstellen (Erhöhung der Stellen um 5 Prozent).

Bildungsunterfinanzierung

7. Wie steht Ihre Partei zum Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich?

Ziel der LINKEN ist es, die Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen beim Bildungszugang und in Bezug auf die Qualität von Bildung in allen Bundesländern sicherzustellen. Hierzu muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung auch für den Bereich der allgemeinen Bildung aufgehoben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Artikel 91b im Grundgesetz verankert werden. Darüber hinaus soll das Kooperationsverbot in Artikel 104b Grundgesetz, d. h. die Beschränkung der Bundesförderung auf Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufgehoben werden, um so alleinige Finanzierungen des Bundes oder gemeinsame Finanzierungen des Bundes und der Länder in den Bereichen von Bildung, Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen.

G8, G9 und IGGS

8. Bleibt G8 in seiner jetzigen Form unter Ihrer Landesregierung bestehen? Wenn nein, wie würde unter Ihrer Landesregierung das System der weiterführenden Schulen in NRW aussehen?

Heute besuchen rund 40 Prozent aller Schüler*innen in NRW ein Gymnasium und müssen dort das „Turboabitur“ in 8 statt 9 Jahren machen (G8). Verbessert wurden hierfür weder die Lernbedingungen an den Schulen noch die Lehrpläne. Wir wollen, dass die Schulzeitverkürzung zurückgenommen und zu G 9 zurückgekehrt wird, allerdings im Ganztags, mit Förder- und Übungsstunden, also eine Schule ohne Hausaufgaben.

G8, G9 und IGGS

9. Wie bewerten Sie das Konzept der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS) und der flexiblen Oberstufe der Landeschüler*innenvertretung NRW?

DIE LINKE unterstützt das Konzept der LSV. Auch wir wollen eine Schule für alle bis zur 10. Klasse mit einem gebundenen Ganztagskonzept. Einer Flexibilisierung der Oberstufe stehen wir offen gegenüber.

G8, G9 und IGGS

10. Fordert Ihre Partei eine nachhaltige und deutliche Senkung der maximalen Klassengröße an weiterführenden Schulen und wie sähe diese aus?

Derzeit sind bis zu 30 Kinder in einem Raum mit einer Lehrkraft keine Seltenheit. Das entspricht schon lange nicht mehr den pädagogischen Anforderungen. Daher fordert DIE LINKE eine Änderung der Schulbaurichtlinien, um mehr Platz für Gruppen-, Team- und Stillarbeit zu schaffen. Die Klassengröße soll sukzessive auf 20 gesenkt werden, was eine individuelle Förderung ermöglicht, bei inklusiven Klassen auch mit zwei Lehrkräften. Inklusive Klassen sollen in einem ersten Schritt auf 20 Schüler*innen bei vier Kindern im Förderbedarf gemäß AO-SF-Verfahren beschränkt werden und eine zweite Lehrer*innenstelle zur Verfügung gestellt bekommen.

G8, G9 und IGGS

11. Wie steht Ihre Partei zum aktuell laufenden Volksbegehren "G9 jetzt!?"

Wir unterstützen das Anliegen, das Turboabitur in NRW wieder abzuschaffen. Die Forderung der Begrenzung der Unterrichtszeit an allen Schulformen auf maximal 30 Stunden in der Woche lehnen wir hingegen ab. Sie steht im Widerspruch zu unserer Forderung nach der flächendeckenden Einführung eines gebundenen Ganztags. Aus diesem Grund unterstützen wir das Volksbegehren nicht.

G8, G9 und IGGS

12. Wie steht Ihre Partei zum verpflichtenden Ganztags mit Freizeitangeboten für alle Schüler*innen und wie sollte ein solcher Ganztags Ihrer Meinung nach aussehen?

DIE LINKE steht für einen Ausbau der gebundenen Ganztagschulen ab sofort und strebt einen flächendeckenden Ausbau ab 2020 an. Wenn Schüler*innen von 8 bis 16 Uhr in der Schule sind, ändert sich das Lernen. Richtige Ganztagschulen kennen keine Hausaufgaben, denn die Zeiten für Übungen und Training liegen während der Schulanwesenheitszeit im Ganztage. Am Ende des Schultags gilt: Alle Bücher, Hefte und Materialien bleiben in der Schule. DIE LINKE fordert, dass nach 16h und am Wochenende Schüler*innen und Familien Freizeit haben sollten.

G8, G9 und IGGS

13. Möchte Ihre Partei, dass außerschulisches Engagement stärker anerkannt und wertgeschätzt wird? Wie kann diese stärkere Wertschätzung in Ihren Augen erreicht werden?

Außerschulisches Engagement soll deutlich stärker anerkannt werden.

G8, G9 und IGGS

14. Wie kann man Schüler*innen mehr Freiräume für soziales und politisches Engagement ermöglichen?

Projektorientierung und die Überwindung von Klassen- und Altersgrenzen sind wichtige Schritte für mehr Freiraum für soziales und politisches Engagement von Schüler*innen. Arbeitsgemeinschaften, die von Schülerinnen und Schülern selbst initiiert werden, sollen gezielt gefördert werden.

Beteiligung Jugendlicher und Stärkung von SV-Arbeit / Mitbestimmung

15. Wie steht Ihre Partei zum allgemeinpolitischen Mandat von Schüler*innenvertretungen?

DIE LINKE will, dass Entscheidungsstrukturen der Schulen demokratischer gestaltet werden. Dazu gehört auch, dass Schüler*innenvertretungen zugestanden wird, sich mit allen Belangen befassen zu dürfen.

Beteiligung Jugendlicher und Stärkung von SV-Arbeit / Mitbestimmung

16. Wird Ihre Partei sich für die flächendeckende Einführung von beratenden Sitzen in kommunalen Schulausschüssen für Bezirksschüler*innenvertretungen stark machen?

Ja, so wie die Jugendverbände in Jugendhilfeausschüssen vertreten sind, soll auch die SchülerInnenschaft über die BSVen in den Schulausschüssen vertreten sein.

Beteiligung Jugendlicher und Stärkung von SV-Arbeit / Mitbestimmung

17. Gäbe es unter Ihrer Regierung mehr finanzielle Förderung für Schüler*innenvertretungen, Bezirksschüler*innenvertretungen und politische Jugendarbeit? Was halten Sie von einer Förderung für SVen in Höhe von 500,- € pro Schule und Schuljahr?

DIE LINKE will die politische Jugendarbeit, Bezirksschüler*innenvertretungen und die SVen stärken. Dies muss sich auch im kommenden Landeshaushalt widerspiegeln.

Digitalisierung des Bildungssystems

18. Was bedeutet für Ihre Partei die Digitalisierung der Schulen und welche Priorität sehen Sie darin?

Bildung in einer durch Digitalisierung und Mediatisierung beeinflussten Welt benötigt bereits in der Schule eine umfassende Medienbildung, eine grundlegende informatische Bildung und entsprechende Rahmenbedingungen. Deshalb ist Digitalisierung und Medienbildung eigentlich aus der Schule nicht mehr wegzudenken. Allerdings sind wir aber weit davon entfernt, dass die Nutzung digitaler Medien in der Schule zum Alltag gehört. Die Lehrenden sind zu wenig darauf vorbereitet und Lehr- und Lernmittel stehen nicht zur Verfügung. Deshalb müssen für alle Schulen die entsprechende Infrastruktur, die entsprechenden Ressourcen und gute ausgebildete Fachkräfte bereitgestellt werden. Für DIE LINKE ist klar, dass Medienkompetenz für einen selbstbestimmten, kritischen und partizipativen Umgang mit Medien eine Grundvoraussetzung ist. Dabei beschränkt sich Medienbildung nicht nur auf die kritische Aneignung von Medieninhalten, technischen Funktionsweisen und die Auseinandersetzung mit den möglichen Gefahren, sondern soll auch zur eigenverantwortlichen Mediengestaltung befähigen. Deshalb muss die Digitalisierung von Schule flächendeckend vorangetrieben werden.

Digitalisierung des Bildungssystems

19. Wie stehen Sie zum "Bring Your Own Device"-Konzept?

Für DIE LINKE steht fest, dass kein*e Schüler*in von digitaler Bildung ausgeschlossen werden darf. Es dürfen durch die Digitalisierung keine weiteren sozialen Disparitäten entwickeln oder bestehende zementieren. Zurzeit befindet sich DIE LINKE aber noch im Diskussionsprozess in Bezug auf das „bring your own device“-Konzept.

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

20. Sind Bildungsgerechtigkeit und eine zukunftsfähige Schule für Ihre Partei mit dem dreigliedrigen Schulsystem vereinbar? Warum (nicht)?

Nein, denn alle Studien zeigen, dass das mehrgliedrige NRW-Schulsystem im internationalen Vergleich wenig Chancengleichheit bietet sowie sozial und ethnisch stark selektiv ist. In erschreckend hohem Maße sind in NRW insbesondere Kinder aus armen Familien und Kinder aus Migrantenfamilien betroffen.

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

21. Wie kann es gelingen, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nicht mehr von der sozialen Herkunft der Eltern abhängen?

Wir wollen das Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Diese Schule bezieht alle Schulformen, auch Förderschulen und Gymnasien, ein. Die gemeinsame Schule orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist inklusiv und sozial ausgleichend. Diese Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten. Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen.

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

22. Möchte Ihre Partei an den aktuell bestehenden Ziffernnoten zur Bewertung von schulischen Leistungen festhalten? Was wäre ihr mögliches Alternativkonzept?

Ebenso wie die Schulforschung und die Bildungswissenschaft wollen auch wir das unzureichende System der Ziffernnoten überwinden. An dessen Stelle sollen individuelle Beurteilungen treten, die Fähigkeiten beschreiben und Lernfortschritte berücksichtigen. Ziffernnoten soll es nur noch für die Abschlusszeugnisse geben, solange diese notwendig für den weiteren Werdegang in Ausbildung oder Studium sind.

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

23. Ist es sinnvoll, Schüler*innen nach nur vier Jahren des gemeinsamen Lernens in Grundschulen auf verschiedene Schulformen zu differenzieren? Würden Sie daran etwas verändern wollen und wenn ja, was?

Nein, wir halten eine Differenzierung nach der Grundschule auf verschiedene Schulformen für falsch und wollen das Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform.

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

24. Wie kann die immer noch viel zu hohe Zahl an Schulabbrecher*innen in NRW weiterhin konsequent und nachhaltig gesenkt werden?

DIE LINKE will, dass alle Schüler*innen in einer Schule für Alle (Gemeinschaftsschule) individuell gefördert werden. Dazu braucht es Konzepte, die die ganze Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung eines jeden Schülers/Schülerin in den Blick nehmen. Dies kann aus unserer Sicht einen erheblichen Beitrag zur Senkung der Schulabbrecher*innen leisten.

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

25. Wird Ihre Partei die Studiengebühren in NRW wieder einführen?

Nein.

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

26. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Situation bei der Beschulung von Geflüchteten?

Derzeit werden geflüchtete Kinder in NRW erst beschult, wenn sie einer Kommune endgültig zugewiesen wurden und dort ihren Wohnsitz haben. Diese Praxis widerspricht der von Deutschland unterschriebenen UN-Erklärung über die Menschenrechte der Kinder und ist damit rechtswidrig. Auch eine Integration in Regelklassen gemäß dem erreichten Wissensstand ist oft nur eingeschränkt möglich, da die geflüchteten Kinder dann viel älter als ihre Mitschüler*innen sind. Für diese Gruppen müssen andere, altersadäquate Lernangebote gefunden werden, die ihrem Lernstand, aber vor allem ihrem Reifeprozess und ihren Fähigkeiten entsprechend gestaltet werden. Wir wollen daher, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche von Anfang an beschult werden. Hierzu benötigen die Schulen aber qualifiziertes Zusatzpersonal. Dazu sollen im Zweifel spezielle Klassen für geflüchtete Jugendliche gemäß ihrem Lernstand eingerichtet werden. Ziel ist es aber, diese Kinder schnellstmöglich in die Regelklassen zu integrieren.

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

27. Was muss aus Sicht Ihrer Partei getan werden, damit die Integration Geflüchteter in unser Bildungssystem nachhaltig gelingen kann?

siehe Frage 26

Bildungsgerechtigkeit/ Durchlässigkeit des Bildungssystems

28. Denkt Ihre Partei, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen zu besseren Lernbedingungen für Schüler*innen führt?

Nein

Demokratie und Partizipation

29. Steht Ihre Partei hinter der aktuell geltenden Drittelparität in der Schulkonferenz?

DIE LINKE fordert, dass die Schülerinnen und Schüler 50% der Stimmen in der Schulkonferenz bekommen.

Demokratie und Partizipation

30. Wird es unter Ihrer Landesregierung ein Stimmrecht für Schüler*innenvertreter*innen in Fachkonferenzen geben?

Ja, es gibt aus unserer Sicht keine sachliche Rechtfertigung dafür, dass die SchülerInnen in den Fachkonferenzen kein Stimmrecht haben.

Demokratie und Partizipation

31. Fordert Ihre Partei die Absenkung des Wahlalters auf 14 bzw. 16 Jahre und warum (nicht)?

Wir fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Zugleich ist uns bewusst, dass jede Altersfestsetzung eine willkürliche Grenzziehung ist - manche sind auch vor Vollendung des 16. Lebensjahrs an den politischen Entscheidungen interessiert, die ihr Leben betreffen, und auch durchaus in der Lage, hierzu rationale (Wahl-)Entscheidungen zu treffen. Deshalb setzen wir uns zugleich dafür ein, Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene an Entscheidungen zu beteiligen, die sie unmittelbar betreffen.

Demokratie und Partizipation

32. Welche Ideen hat Ihre Partei zur Stärkung von Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen?

Autonomie und Demokratie spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Schüler*innen sollen von Anfang an lernen, ihr Zusammenleben und ihr Lernen selbst zu gestalten. Das gilt für die Inhalte wie für die Formen des Lernens. Projektorientierung und die Überwindung von Klassen- und Altersgrenzen sind wichtige Schritte für eine Selbstorganisation des Lernprozesses. Arbeitsgemeinschaften, die von Schülerinnen und Schülern selbst initiiert werden, sollen gezielt gefördert werden.

Inklusion

33. Befürwortet Ihre Partei die Inklusion an allen Schulen und allen Schulformen in NRW?

Ja.

Inklusion

34. Was sind aktuelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?

DIE LINKE will inklusive Bildung für alle Schüler*innen flächendeckend ermöglichen. Zwar hat sich die rot-grüne Landesregierung die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Regelschulen auf die Fahne geschrieben, in der Praxis ist aber die Umsetzung bisher gescheitert. Es fehlen klare Zielsetzungen und ein Umsetzungskonzept, Qualitätskriterien für die Schulen und eindeutige Aufgabenstellungen für die Sonderpädagog*innen in den Regelschulen. Vor allem aber stellt das Land NRW den Schulen viel zu wenig Lehrer*innen zur Verfügung, um dem Anspruch der Inklusion auch nur im Ansatz gerecht zu werden. Hinzu kommen mangelhafte Gebäude und fehlende Mittel für Hilfsmittel und Materialien. Durch das Nebeneinander von Inklusion in Regelschulen und Förderschulen wird die Ressourcenknappheit durch organisatorische Probleme weiter verschärft. Der Umstellungsprozess von Förderschule zur Regelschule wird derzeit nicht beherrscht. Darunter leiden alle Beteiligten: Die Schüler*innen mit Behinderungen und deren Familien und die Lehrer*innen spüren die Probleme am stärksten. Dass SPD und Grüne im einwohnerreichsten Bundesland der Republik die Inklusion ohne klares Konzept und Finanzierung angegangen sind, hat auch dem Inklusionsgedanken insgesamt geschadet.

Inklusion

35. Welche Prioritäten sieht ihre Partei bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?

Wir wollen Qualitätskriterien für einen guten inklusiven Unterricht verankern, eine Doppelbesetzung für Klassen im inklusiven Unterricht einführen, mindestens 9000 Lehrstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess schaffen, die Integration der Sonderpädagog*innen in das jeweilige Kollegium verbessern und die Förderschulen in Orte des gemeinsamen Lernens und Förderns umwandeln. Inklusive Klassen sollen in einem ersten Schritt auf 20 Schüler*innen bei vier Kindern im Förderbedarf gemäß AO-SF-Verfahren beschränkt werden und eine zweite Lehrer*innenstelle zur Verfügung gestellt bekommen. Für diese Klassen muss es klare Qualitätsstandards geben.

Inklusion

36. Möchte Ihre Partei an der Förderschule als Schulform festhalten?

Förderschulen stehen dem Inklusionsgedanken entgegen. Daher wollen wir schrittweise alle Förderschulen zu inklusiven Regelschulen umwandeln. DIE LINKE will dauerhaft das mehrgliedrige Schulsystem überwinden und flächendeckend Gemeinschaftsschulen (Eine Schule für alle) einführen, in denen die Kinder von der ersten Klasse bis zum Abitur gemeinsam lernen können und dort - im Gegensatz zum bestehenden Schulsystem - individuell gefördert werden. Gemeinschaftsschulen sind immer auch inklusive Schulen.

Vermischtes

37. Wie steht Ihre Partei zum derzeitigen Religionsunterricht?

Wir setzen uns für Religionsfreiheit und für die klare Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat ein. Religionsfreiheit kann nicht bedeuten, dass man nur zwischen verschiedenen großen Religionsgemeinschaften wählen kann. Tatsächliche Religionsfreiheit ist erst gegeben, wenn es keine institutionelle Förderung ausgewählter Religionsgemeinschaften und ihrer Organisationen durch den Staat gibt. Normen und Werte, gesellschaftspolitische und philosophische Fragen sollten in Schulen in

einem gemeinsamen Unterrichtsfach thematisiert werden. Deshalb sind wir auch zu einer Änderung der Verfassung bzw. einer entsprechenden Festlegung im Schulgesetz bereit. Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits in der vergangenen Legislaturperiode beantragt, „Ehrfurcht vor Gott als Erziehungsziel der Schule für alle Schüler*innen“ aus der Landesverfassung und dem Schulgesetz zu streichen. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen mitnehmen und niemanden diskriminieren. Der gemeinsame religionsübergreifende Unterricht wäre ein wichtiger Beitrag zur Integration. Das Verbindende und das Kennenlernen verschiedener Weltanschauungen und Religionen sollte im Mittelpunkt stehen, nicht das Trennende. Wir fordern LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames, reguläres Schulfach und wollen die Garantie auf bekenntnisorientierten Unterricht aus der Landesverfassung streichen. Religionsunterricht soll nur auf freiwilliger Basis erteilt werden.

Vermischtes

38. Wie können die Globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Einzug in die Schulen NRWs erhalten?

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein zentraler Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft, die eine gute Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt bereitstellt und dauerhaft gewährleistet. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung muss global, ganzheitlich und inklusiv gestaltet werden. Wichtig ist außerdem eine thematische Breite, die alle Bereiche gesellschaftlicher Entwicklung und die Politik selbst beinhaltet. Neben Umweltschutz, Ressourcenschonung, Globalisierung und Wirtschaft muss Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auch Fragen zur Sicherung des Friedens, sozialer Gerechtigkeit, interkultureller Verständigung und Toleranz umfassen. Darum muss Bildung für nachhaltige Entwicklung über einzelne Projekte hinausgehen und dauerhaft fächerübergreifend in die Schule und das Schulleben integriert werden.

Vermischtes

39. Wie steht Ihre Partei zu Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen?

Da es an den Schulen in NRW seit Jahren an vielem mangelt, haben Lobbyverbände, aber auch einzelne Wirtschaftsunternehmen und andere Interessengruppen ein leichtes Spiel, Einfluss auf die Schulen zu nehmen. Sie stellen teilweise Lehr- und Unterrichtsmaterial kostenlos zu Verfügung bis hin zu ganzen Klassensätzen von Laptops. Das geht zum Teil einher damit, dass sie „kompetente Experten“ in den Unterricht schicken, die dann zum Beispiel aus der Sicht des eigenen Unternehmens oder Interessenverbands zu wirtschaftspolitischen Themen Positionen erläutern können. Wirtschaftsunternehmen und Interessenverbände dürfen unserer Auffassung nach keinen Einfluss auf die Schulgestaltung und Unterrichtsinhalte nehmen.

Vermischtes

40. Wie steht Ihre Partei zu genderneutraler Sprache und warum gendern Sie (nicht) in Ihren Wahlprogrammen?

Was geschlechtergerechte Ansprache betrifft, befindet sich DIE LINKE in einem laufenden Prozess mit unterschiedlichen Stimmen. Während unser gemeinsames Ziel eine einschließende Ansprache für alle ist, sind die Einschätzungen darüber verschieden, wie stark wir uns dabei an den verbreiteten Lesegewohnheiten orientieren sollten, um unsere Inhalte vermitteln zu können, oder wie weit wir diese mit noch ungewohnten Formen vorantreiben können. Daher gibt es einen Leitfaden der Partei, der jedoch nicht bindend ist. Im Programm für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat sich die Partei daher für das Sternchen als Form entschieden (Bürger*innen), im Programm für die Bundestagswahl hingegen verwenden wir die binäre ausgeschriebene Form (Bürgerinnen und Bürger). Wie die Sprache selbst, entwickelt sich aber auch DIE LINKE. ständig weiter.

Vermischtes

41. Wird Ihre Partei an der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr festhalten?

Nein. Mit Sorge betrachten wir die zunehmenden Aktivitäten der Bundeswehr zur Selbstdarstellung und zur Werbung von Nachwuchs an den Schulen. DIE LINKE lehnt Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie. Die Schule darf kein Ort für die Rekrutierung von Soldatinnen und -soldaten werden. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute in Schulen für Militärdienste wirbt.